

Aktionsbündnis DaF Hannover
c/o Kathrin Meyn, Im Moore 27, 30167 Hannover

Adressaten des Offenen Briefes

Bundesinnenminister Thomas de Maizière
Staatsministerin Aydan Özoğuz
Bundesminister für besondere Aufgaben Peter Altmaier
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion im Deutschen Bundestag
DIE LINKE-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Bündnis 90/DIE Grünen-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verbindungsbüro zur Landesbeauftragten
für Migration und Teilhabe
bei der Niedersächsischen Staatskanzlei
Niedersächsischer Integrationsrat
SPD-Fraktion im Rat der LH Hannover
CDU-Fraktion im Rat der LH Hannover
Bündnis 90/DIE Grünen-Fraktion im Rat der LH Hannover
DIE LINKE-Fraktion der LH Hannover
FDP-Fraktion der LH Hannover
Oberbürgermeister der LH Hannover
Integrationsrat Hannover

Hannover, 21. Januar 2016

Offener Brief des Aktionsbündnisses DaF Hannover

Hunderttausende fliehen vor Krieg und Bürgerkrieg in unser Land. Integration ist die Aufgabe der nächsten Jahre – sagt die Politik, sagt die Wirtschaft, wissen wir alle.

Um eine menschenwürdige Zukunft mit Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem um Ausbildung und Arbeit für die erwachsenen MigrantInnen zu ermöglichen, ist die deutsche Sprache der erste und entscheidende Schlüssel.

Über 20.000 DeutschlehrerInnen arbeiten professionell an der Vermittlung dieser Schlüsselkompetenz. Wir, das Aktionsbündnis DaF Hannover, vertreten die hiesigen Lehrkräfte. Und uns reicht's!

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2013 ist zu den Integrationskursen festgehalten: "Wir wollen

sie qualitativ weiter verbessern (Differenzierung nach Zielgruppen, Kursgrößen und angemessene Honorierung der Lehrkräfte)." Was ist geschehen? So gut wie nichts!

Die allermeisten von uns sind (Schein-) Selbstständige. Das bedeutet, wir bekommen für geleistete Stunden von den Bildungsträgern Honorar. Das bedeutet, wir sind im Krankheitsfall nicht abgesichert, bekommen keinen bezahlten Urlaub. Wir bezahlen vor allem 100% der Kranken- und Rentenversicherung selbst. Und das wiederum bedeutet, dass wir nach Abzug von Steuern bei Vollbeschäftigung (30 Unterrichtsstunden und mehr) von 1000 – 1300 € netto leben müssen. Die wenigen festangestellten Lehrkräfte kommen auch nur auf einen ähnlichen Verdienst. Wir haben alle studiert, haben akademische Abschlüsse, die Zusatzqualifikation Deutsch als Zweitsprache und oft langjährige Erfahrung. Wir sind Profis und leben doch in prekären Verhältnissen.

Das Ausbleiben von nennenswerten Honorarerhöhungen seit Jahren führt zu realem Einkommensverlust, Altersarmut ist programmiert.

Die Bildungsträger bekommen finanzielle Zuweisungen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF), das dem Bundesinnenministerium untersteht. Der Deutsche Volkshochschulverband hatte eine Erhöhung der Trägerpauschale auf 4,40 € gefordert, was einem Stundenhonorar von 51 € entspräche. Die kürzlich beschlossene Erhöhung von 2,94 € auf 3,10 € pro Teilnehmerstunde ist ein Hohn! Sie spiegelt die Geringschätzung unserer Arbeit!

Wir unterrichten Deutsch nicht nur in Alphabetisierungs- und Integrationskursen, wir unterrichten auch auf höherem Niveau (B2, C1 und C2), um unsere TeilnehmerInnen zur Aufnahme einer qualifizierten Arbeit oder eines Studiums zu befähigen. Das in Integrationskursen angestrebte Niveau B1 reicht dafür nicht. Nicht nur Flüchtlinge, auch andere Zuwanderer, oft aus dem Süden der EU, angehende Ärzte und Pflegekräfte, Handwerker, Facharbeiter, Ingenieure und IT-Spezialisten lernen bei uns Deutsch. Und wir vermitteln nicht nur die Sprache, sondern auch Grundlagen in deutscher Geschichte, Kultur und Politik und damit Orientierung in unserer Gesellschaft und ihren Werten. Das alles geht nicht digital, sondern nur von Mensch zu Mensch! Von unserer Arbeit hängt es maßgeblich ab, ob Integration gelingt oder nicht.

Zitat aus dem Koalitionsvertrag zum Thema Sprachkurse: "Die Wirtschaft soll dabei mit einbezogen und muss ihrer Verantwortung gerecht werden." Bei uns SprachlehrerInnen kommt ein Beitrag der Wirtschaft nicht an, obwohl die deutschsprechenden Arbeits- und Fachkräfte händeringend gesucht werden. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer versprach im November 2015: "Die deutschen Unternehmen sind bereit, ihr Möglichstes zu tun." Und forderte zugleich, dass alle Flüchtlinge rasch an Sprachkursen teilnehmen müssten. Warum beteiligt sich die Wirtschaft nicht an der Finanzierung der sprachlichen Qualifizierung der späteren Fachkräfte?

Der Bedarf an Sprachkursen steigt unaufhörlich, damit auch der Bedarf an SprachlehrerInnen. (80% sind Frauen, die Lohnungleichheit der 'weiblichen Berufe' ist offensichtlich.)

Wenn unsere Arbeits- und Zukunftsperspektive so prekär bleibt, wie sie ist, werden immer mehr DaF-Lehrkräfte in die öffentlichen Schulen abwandern und es werden kaum mehr Nachwuchskräfte diesen Beruf wählen. Eine Katastrophe angesichts dieser gesellschaftlich so wichtigen Aufgabe!

- Wir fordern ein unserer Ausbildung und Qualifikation angemessenes Einkommen, angeglichen an das Gehalt von BerufsschullehrerInnen, in Festanstellung oder als Honorarkräfte.
- Wir fordern ein Stundenhonorar von 60 €.
- Wir fordern bezahlten Urlaub (wie er uns gemäß § 12a des Tarifvertragsgesetzes zusteht).
- Wir fordern Zugang zu sozialen Rechten.
- Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Trägerpauschale des BaMF.

Schluss mit der desaströsen Minimalfinanzierung!

Wir appellieren an Sie als Entscheidungsträger, unseren Forderungen nachzukommen. Wir appellieren dringend an alle übrigen, auch an die Öffentlichkeit, sich für unser Anliegen einzusetzen.

Für das Aktionsbündnis



Kathrin Meyn (Bildungsverein Hannover)



Cornelia Trabant (Bildungsverein Hannover)



Mark Holthoff (ISK Hannover, Institut für Sprachen und Kommunikation)